



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/269 - 19.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Kanzlerreise nach Paris	S. 1
Der britisch-ägyptische Konflikt	S. 3
Unchristliches aus "Christ und Welt"	S. 4
Zur Gründung des BVD in Hannover	S. 6
Verbot erschwert KN-Bekämpfung	

Wieder einmal "Wendepunkt"

P.R. "Heute wird noch mal gesumpft, morgen kommt der Wendepunkt", hiess es in längst vergangener Studentenzeit. Der Bundeskanzler hat gewiss zu keiner Zeit seines Lebens auch nur das geringste mit dieser lotterhaften Studentenweisheit gemein gehabt. Aber die Versicherung, morgen würde der Wendepunkt kommen, hat eben doch die Brücke hergestellt.

Eben hat Dr. Adenauer wieder in Hannover erklärt, seine bevorstehende Reise nach Paris würde einen "Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte" bringen. Die Bundesrepublik würde als gleichberechtigter Partner in die europäische Verteidigungsgemeinschaft und den Atlantik-Pakt aufgenommen werden. Und abermals wiederholte sich das alte Spiel: Am gleichen Tage wurde aus alliierten Kreisen mitgeteilt, der Pariser Aufenthalt Dr. Adenauers werde nicht zu wesentlichen Änderungen in der alliierten Deutschland-Politik führen. Hinzugefügt wurde, der Bundeskanzler werde vermutlich weiter mit den Kommissaren in Bonn verhandeln müssen, und taktvollerweise vergass man auch nicht die Bemerkung, seine, Adenauers, Stellung in Paris werde sich von der der übrigen Aussenminister wesentlich unterscheiden, weil er ein besetztes Land vertrete. Über die deutsche optimistische Beurteilung der Lage sei man sehr verwundert. Man sieht - Im Westen

nichts Neues.

Was die Alliierten mit ihrer Haltung bezwecken, ist klar: Auch das geringste denkbare Zugeständnis würde auf dem Hintergrund so düsterer Prognosen einigen Glanz erhalten, mehr jedenfalls, als ihm zukommt. Was Adenauer mit seinem unheilbaren Optimismus erreichen will, war einige Zeitlang klar: Eine gewisse suggestive Wirkung im Sinne der Vorstellung, er sei ein erfolgreicher Aussenpolitiker und vielleicht sogar ein grosser Staatsmann. Selbst bei ein- bis zwei Rückschlägen hätte diese Methode ihren Sinn gehabt. Heute ist sie sinnlos geworden, weil die Reaktion der Alliierten auf Adenauers Politik diese Methode absolut entwertet hat. Alle politisch Einsichtigen in Deutschland sind es leid geworden, immer wieder mit einem vertraulichen Schlag auf die Schulter zur Adenauer-Gläubigkeit ermuntert zu werden.

Im übrigen wird die primitive Form des Adenauerschen Zweckoptimismus auch in seiner Umgebung zunehmend peinlich empfunden. Eine offensichtlich auf Regierungsinformationen beruhende Übersicht lässt zwar auf den ersten Blick auch viele Zuversicht erkennen, bei näherem Zusehen aber gewinnt man ein anderes Bild. Es heisst dort, nach deutscher Ansicht bestehe die Möglichkeit, dass man in der Frage des Generalvertrages zu einem vorläufigen Abschluss im Grundsätzlichen kommen könne, und es werde "erwartet, dass die Aussenminister in Paris für deutsch-alliierte Vertragsverhandlungen in Bonn endgültige Direktiven geben werden". (Was geschah eigentlich sonst in den vergangenen zwei Monaten der Verhandlungen des Kanzlers mit den Kommissaren, als dass nach Direktiven der westalliierten Regierungen verhandelt wurde? Oder meint man mit "endgültig" neue Verhandlungen und das Spiel sollte von vorn beginnen?)

Zu hoffen bleibt, dass sozusagen in letzter Minute den verantwortlichen Staatsmännern der Westmächte bewusst wird, wie entscheidend ein wirklicher Wendepunkt ihrer eigenen Vorstellungen und politischen Praxis im Umgang mit der Bundesrepublik für die europäische Gesamtentwicklung ist. Dies ihnen klar zu machen, wird die Hauptaufgabe des Bundeskanzlers sein. Wie weit er damit Erfolg haben wird, hängt leider vor allem auch davon ab, wie nachdrücklich er dies schon bisher seinen Partnern beizubringen versucht und verstanden hat.

Kairo beharrt auf seinem Nein

f. Der britisch-ägyptische Streit um den Suezkanal hat Formen angenommen, die mit einem kalten Krieg innerhalb der nichtkommunistischen Welt höchst unvollkommen umschrieben sind. Die ablehnende Reaktion Kairo auf den von den drei Westmächten und der Türkei vorgebrachten Plan zur Verteidigung des Nahen Ostens mag wie eine nachträgliche Bekräftigung der Vermutung aussehen, dass die ägyptische Regierung dem Plan, von dem sie unterrichtet worden war, hat zustimmen wollen, als sie kurz vor seiner Veröffentlichung die Zerreißung der Verträge über den Suezkanal und den Sudan ankündigte.

Man kann die Dinge auch von der anderen Seite aus sehen. Kairo hatte bereits im Herbst des vergangenen Jahres der Weltöffentlichkeit mitgeteilt, dass es nicht länger gewillt sei, jene Verträge anzuerkennen. Das Londoner Foreign Office, dessen Nahost-Abteilung über ausgezeichnete Kenner der Stimmung in den arabischen Ländern verfügt, hat zweifellos erkannt, dass diese Ankündigung keineswegs leichtgenommen werden durfte. Eine Möglichkeit, auf dem Wege direkter Verhandlungen zwischen London und Kairo der aufziehenden Gefahr zu begegnen, hat es nicht mehr gesehen.

Diese Beurteilung der Lage ist sicherlich richtig gewesen. Ihr Ergebnis lag nach allen Erfahrungen auf der Hand. Da vom Londoner Standpunkt aus eine Zurückziehung der britischen Streitkräfte aus der Suezkanalzzone aus innerpolitischen, aussenpolitischen und strategischen Erwägungen nicht in Frage kam, lag eine Lösung nahe, von der das Foreign Office hoffen konnte, dass sie den Ägyptern annehmbar erschien, nämlich, die britische Verteidigungsbasis in eine internationale umzuwandeln. Da amerikanische Truppen auch in England und in Frankreich stationiert sind, glaubte man annehmen zu können, dass die ägyptische Regierung einwilligen werde, dass an der internationalen Wasserstrasse des Suezkanals eine internationale Streitmacht etabliert werde.

In Washington, Paris und Ankara ist dieser britische Lösungsversuch auf grosse Bereitschaft, in Kairo auf glatte Ablehnung gestossen. Ägypten hat seitdem in der westlichen Welt, was man eine schlechte Presse nennt. Von einer fairen Abwägung der Gründe Ägyptens

kann dabei keine Rede sein. Seit Jahrzehnten wartet Kairo auf die Erfüllung des britischen Versprechens, das gewaltsam besetzte Nilland zu räumen. Die Geschichte der britisch-ägyptischen Beziehungen ist auch dann noch eines der düstersten Kapitel des Kolonialimperialismus, wenn man nicht übersieht, was Grossbritannien in der Zeit seiner Herrschaft über Ägypten für den Aufstieg des Landes geleistet hat.

Vom Standpunkt der gesamt-strategischen Planung des Westens aus gesehen, ist der Plan der Internationalisierung der Verteidigung der Suezkanalzone richtig und notwendig. Es ist ganz unwahrscheinlich, dass sich Ägypten gegen diesen Plan gesträubt hätte, wenn man sich zu einer ganzen Lösung, nicht zu einer halben entschlossen, das heisst aber, zuvor die Wünsche Kairos nach voller Souveränität erfüllt hätte. Das ist am Widerstand Londons gescheitert, unter dem von Washington bereitwillig unterstützten Vorwand, die Suezkanalzone dürfe keinen Augenblick ungeschützt sein. Glaubt man im Ernst, der östliche Gegner werde ausgerechnet die Tage einer Ablösung der britischen Streitkräfte durch eine internationale Truppe zum Anlass nehmen, einen dritten Weltkrieg zu beginnen und zwar um des Suezkanals willen? Wenn man aber den ägyptischen Standpunkt im Westen nicht anerkennen will, wie denkt man sich eine Verteidigung des arabischen Raumes gegen den Willen der arabischen Völker? In vier Jahren wird Grossbritannien den Suezkanal räumen müssen, denn dann läuft der britisch-ägyptische Vertrag, auf den London pocht, endgültig ab. Es wäre besser gewesen, die Welt vor der Unruhe und Sorge über die Entwicklung in Ägypten durch eine kühne und ganze Lösung zu bewahren, anstatt durch Halbheiten den arabischen Raum in Aufruhr zu versetzen.

+ + +

Dämmerung und Dummheit

G. Unter der Schlagzeile "Wir werden von Jahr zu Jahr dümmer" bringt die Wochenzeitung "Christ und Welt" einen Artikel, dessen Schamlosigkeit kaum noch zu überbieten ist. Ohne die eigentliche Problematik des Traktats näher zu beleuchten, kann man nicht umhin, sie unter dem Aspekt der darin enthaltenen politischen Verleumdung einzuschätzen. Man spricht dort davon, dass

1. die neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen eine erbbiologisch bedingte höhere Begabungsstufe der Nachkommenschaft von Eltern des Mittelstandes erwiesen hätten und
2. aus diesem Grunde besonders die Bevölkerung mit den höheren Einkommensgruppen durch finanzielle Zuwendungen in Form von Kinderbeihilfen und Steuererleichterungen zur Forcierung der Erzeugung von Qualitätskindern gestärkt werden müssen.

Wie rein "wissenschaftlich" dieser Husarenritt gegen die soziale Gerechtigkeit ist, wird besonders durch die folgenden wörtlich zitierten Sätze erhellt:

"Bei jener Debatte über die Familien-Ausgleichskassen wandte sich der Sprecher der Sozialdemokraten dagegen, dass durch die Steuerklasse III die höheren Einkommensgruppen überhaupt eine Kinderermässigung erhalten. Dieser Sprecher erklärte sogar, die Steuerklasse III habe überhaupt keine Daseinsberechtigung mehr! Wer 600 oder 1.000 DM verdiene, brauche keine Steuererleichterung für Kinder. Bei 1.000 DM Einkommen würden, erklärte er, für fünf Kinder 106 DM Kinderermässigung gewährt. Dies sei völlig unnötig".

"Christ und Welt" hält diese Ausführungen für ein Beispiel des peinlich beschränkten Gesichtskreises kontinentaler Massenparteien.

Was hat nun der SPD-Abgeordnete Richter in der 162. Sitzung des Bundestages am 13. September 1951 bei der Debatte über die Familienausgleichskassen wirklich gesagt? Der stenografische Bericht gibt darüber die beste Auskunft:

"...Richter (Frankfurt - SPD):... Diese Personengruppen, d.h. alle Einkommensteuerverpflichtigen, ob Arbeitnehmer oder Selbständige, bekommen bereits seit Jahren über die Einstufung in Steuerklasse III eine Ermässigung, nur mit dem einen Unterschied, dass für drei und mehr Kinder die monatliche Steuerermässigung bei Lohn- und Gehaltsempfängern mit Bezügen von 200 DM im Monat, also bei den Arbeitern und unteren Angestellten, nur 4.55 DM, von 300 DM nur 16.25 DM, bei 600 Monatseinkommen 63.35 DM und bei 1.000 DM Monatseinkommen und bei fünf Kindern 106.70 DM beträgt. ... Das halten wir aber nicht für gerecht, und die Ausschüsse des Bundestages sowie der Arbeitskreis des Bundesrates waren sich darüber einig, dass diese Ungerechtigkeit beseitigt werden muss. Das heißt auf gut deutsch: die Steuerklasse III hat in diesem Aufbau, den sie jetzt hat, keine Daseinsberechtigung mehr; hier muss eine Umformung erfolgen. Es ist praktisch so, dass ein Arbeitnehmer oder Selbständiger mit einem Monatseinkommen von 1.000 DM für seine fünf Kinder noch 106 DM Kinderermässigung erhält, dass er, der schon viel verdient, noch eine relativ hohe Steuerermässigung bekommt, während der andere, der ebenfalls fünf Kinder zu sättigen und zu kleiden hat, nur ein paar Mark bekommt...."

"Christ und Welt" sollte sich seinem Namen verpflichtet fühlen und keine politische Brunnenvergiftung treiben. Mehr darüber zu sagen, erübrigt sich.

Gründung hinter verschlossenen Türen

-dt. Dr. Linus Kather, erster Flüchtlingsabgeordneter der CDU, hat in Hannover gute Regie geführt. Als er, bisher Vorsitzender des ZvD, hinter verschlossenen Türen den BVD (Band der vertriebenen Deutschen) aus der Taufe hob, wusste er es zu managen, dass a) er wieder Vorsitzender wurde, b) die CDU im BVD-Präsidium das Übergewicht erhielt. Es ist, wie sich heute schon zeigt, ein Pyrrhussieg.

Dem BVD gehören ausser dem ZvD die vier Landmannschaften der Sudeten- und Karpathendeutschen, der Schlesier und Berlin-Brandenburger an, ferngeblieben sind, weil sehr stark BHE-beeinflusst, die Ost- und Westpreussen sowie die Pommern.

Wenn nicht alles täuscht, wird es bald einen Katherjammer geben. Denn die sozial fortschrittlich gesinnten Sudetendeutschen in Hessen und Württemberg, bisher zusammengefasst in der "Sudetendeutschen Landsmannschaft im ZvD" und im Gegensatz stehend zu dem ehemaligen Deutschnationalen Lodgman von Auen, dem Obmann der hauptsächlich in Bayern wirkenden "Sudetendeutschen Landsmannschaft" haben bereits Protest angemeldet. Vizepräsident des BVD ist Lodgman von Auen. Er hat ohne Wissen der hessisch-württembergischen Gruppe zu seinem Vertreter im Präsidium den Nicht-Sudetendeutschen Dr. Seeböhm, Bundesverkehrsminister und zweiten Vorsitzenden der Deutschen Partei, ernannt. Da Lodgman gesundheitlich und bei seinem hohen Alter (74 Jahre) nicht mehr in der Lage ist, wirksam im BVD-Präsidium aufzutreten, wird der Grosskapitalist Seeböhm (er wurde erst Vertriebener, als er merkte, dass ihm in der DP die Felle langsam davonschwimmen) die Lastenausgleichs-Interessen der Sudetendeutschen vertreten.

Das alles hatte Kather nicht ungeschickt gemagnagt. Die 700 Belegierten, die man nach Hannover zur Gründungsversammlung geladen hatte, wurden weder vorher noch nachher gefragt, wie das Präsidium aussehen solle. Um jede Opposition von vornherein zu unterdrücken, verzichtete die Regie auf Diskussionen (Kather: "Das ist bei 700 Mann nicht möglich"), um ferner am Tag der Gründung die in Vertriebenen-Versammlungen beliebten kritischen Zurufe in der Kontrolle zu haben, wählte man für die Gründungsversammlung einen feierlichen Rahmen mit Leonoren-Ouvertüre, Totenehrung usw. Unter diesem dekorativen Schutz konnte es Dr. Adenauer wagen (Kather: "Als Bundeskanzler, nicht als CDU-Vorsitzender auf Stimmenfang, wie eine BHE-Zeitung geschrieben hat") vor eine Flüchtlings-Versammlung zu treten, mit unverbindlichen Freundlichkeiten kritische Situationen zu überwinden und sogar mässigen Beifall für seine Version vom Verteidigungsbeitrag zu kassieren. Dafür entlud sich das durch die Leonoren-Ouvertüre mühsam zurückgehaltene Vertriebenen-Gewitter am nächsten Tag über Bundesflüchtlingsminister Lukaschek.

Die Vertriebenen haben in den Wahlen der letzten zwei Jahre gezeigt, wem sie vertrauen. Die Partei Dr. Kathers ist es nicht. Das BVD-Präsidium erweist sich so als die allzu geschickte Konstruktion einiger Manager. Dem an sich guten Gedanken einer grossen überparteilichen Repräsentanz der Flüchtlinge ist aber damit ein schlechter Dienst erwiesen worden.

Verantwortlich: Peter Raunau